

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Frauenbüro/Gleichstellungsstelle</b>	Datum 13.09.2007
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. <b>02202/142647</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann</b>	<b>Sitzung am Dienstag, 28. August 2007</b>
Sitzungsort  Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:04 Uhr - 18:38 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 08.05.2007  
431/2007**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

6. **Minderjährige Schwangere: Situation und Umgang in Bergisch Gladbach und im Rheinisch-Bergischen Kreis**  
*429/2007*
7. **Zuständigkeit für die Grundqualifizierung der Tagespflegepersonen**  
*351/2007*
8. **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Senioren und Seniorinnen**  
*400/2007*
9. **Plakatierung im Stadtgebiet**  
*454/2007*
10. **Hexenprojekt: Im Fokus: Hokuspokus - Aktionen und Reflexionen zum Thema "Hexen"**  
*430/2007*
11. **Frauenpolitische Informationen**  
*449/2007*
12. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann und begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

#### 2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Form genehmigt.

<-@

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 08.05.2007

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

#### 4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Es gibt keine Mitteilungen der Vorsitzenden.

<-@

#### 5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Die Ausschussmitglieder werden über eine neue Veröffentlichung des Frauenbüros informiert. Die Broschüre „Der Minijob“ gibt einen Überblick über die wichtigsten Regelungen im Steuerrecht und im Bereich der Sozialversicherung. Sie liegt zur Mitnahme für die Ausschussmitglieder bereit. Weitere Exemplare sind im Frauenbüro erhältlich.

<-@

## Minderjährige Schwangere: Situation und Umgang in Bergisch Gladbach und im Rheinisch-Bergischen Kreis

@->

Die Vorsitzende begrüßt Frau Plücker, pro familia, und Frau Oehmen, Caritas Rhein-Berg. Sie berichten von der guten Vernetzung der Schwangerenberatungsstellen im Rheinisch-Bergischen Kreis und führen mittels einer gemeinsamen Präsentation, die auf Wunsch der Ausschussmitglieder dieser Niederschrift als *Anlage* beigefügt ist, zu dem Teilkomplex Schwangerenberatung ihrer Arbeit aus. Die vier wesentlichen Punkte sind

- Daten des Statistischen Bundesamtes
- Vorstellung eines praxisnahen Forschungsprojektes
- Schlussfolgerungen für die Präventionsarbeit
- Bericht über konkrete Hilfen, die im RBK für minderjährige Schwangere geleistet werden.

Grundsätzlich könne in beiden Beratungsstellen eine steigende Anzahl minderjähriger Schwangerer festgestellt werden, die dort Rat suchen.

Frau Oehmen hebt die Wichtigkeit der Arbeit der Familienhebamme besonders hervor, die fast zur Hälfte minderjährige Schwangere betreue. Dies bestätigt Frau Plücker auch vor dem Hintergrund der räumlichen Struktur des Rheinisch-Bergischen Kreises, eine Installation von Gruppenangeboten sei mancherorts schwierig, das „Angebot Familienhebamme“ müsse nach ihrer Auffassung erweitert werden.

Auf Nachfrage von Frau Kreft informiert Frau Plücker darüber, dass der Kreis nach Inkrafttreten der Hartz-IV-Reform die Kosten für ärztlich verordnete Verhütungsmittel für hilfebedürftige Hartz IV-Empfängerinnen ab dem vollendeten 20. Lebensjahr nicht übernehme. Es gebe aber offenbar einen Handlungsspielraum, denn ein paar Kommunen in NRW übernahmen diese Kosten. Ein von pro familia beantragter Fonds für Härtefälle sei vom Kreis abgelehnt worden. Dem gegenüber werde ein Schwangerschaftsabbruch von der Krankenkasse gezahlt. Frau Fahner sieht nach vorausgegangenem Studium der geltenden Gesetzestexte ebenfalls juristische Interpretationsmöglichkeiten.

Frau Kreft und die Vorsitzende halten eine erneute rechtliche Prüfung für sinnvoll, ob die genannten Kosten durch den Kreis übernommen werden können.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann beschließt auf der Grundlage vorgenannter Ausführungen einstimmig folgende **Empfehlung**:

**Der AGFM bittet die Verwaltung, in Zusammenarbeit mit dem Kreis, um die Klärung folgender Fragestellung:**

**„Haben hilfebedürftige Personen nach § 49 SGB XII einen Anspruch auf die Übernahme von Kosten für verordnete empfängnisverhütende Mittel, auch wenn sie das 20. Lebensjahr vollendet haben?“**

Auf Nachfrage von Frau Biebeler und Frau Lehnert bestätigt Frau Plücker, dass die Eltern der minderjährigen Schwangeren in der Regel in die Beratungsgespräche

eingebunden werden. Grundsätzlich sei es die Entscheidung der Schwangeren, wer sie zum Beratungsgespräch begleite. Frau Oehmen ergänzt, dass in dieser eher instabilen Beziehungs-/Lebensphase die minderjährigen Schwangeren oft ohne Partner oder Eltern zur Beratung kommen. Auf weitere Anfragen bestätigt Frau Plücker das Angebot der Beratungsstellen, Frauen nach einem Schwangerschaftsabbruch zu beraten.

Frau Oehmen und Frau Plücker berichten abschließend, dass die Entscheidung Minderjähriger für ein Kind auch zu gelingenden Lebenssituationen führen könne, meistens dann, wenn ein familiärer Rückhalt gegeben sei.

Die Vorsitzende bedankt sich bei Frau Oehmen und Frau Plücker für den ausführlichen Bericht. Zusammenfassend stellt Frau Schneider die Notwendigkeit verstärkter Sexualaufklärung an den Schulen und der Verbesserung der beruflichen Perspektiven für junge Menschen fest.

<-@

## 7 Zuständigkeit für die Grundqualifizierung der Tagespflegepersonen

@->

Nach kurzer Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern nimmt die Vorsitzende diesen Tagesordnungspunkt unter Hinweis auf noch fehlende Informationen und Fakten von der Tagesordnung.

<-@

@-> <-@

## 8 Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Senioren und Seniorinnen

@->

Die Vorsitzende begrüßt Herrn Buhleier, der für Fragen der Ausschussmitglieder zur Verfügung steht. Er nimmt die von Frau Lehnert geäußerte Anregung auf, die Bedarfsanalyse stadtteilbezogen zu gestalten. Frau Winkels und Frau Kreft regen eine durchgehende Spezifizierung aller Bedarfe nach Geschlecht und Nationalität an, um sinnvolle Angebote vorhalten zu können. Herr Buhleier nimmt die Anregung entgegen. Die Begegnungsstätten seien insoweit nach seiner Auffassung auf einem sehr guten Weg. In der neuen Zielvereinbarung seien unter „Überprüfung der Zielerreichung“ Differenzierungen nach Altersstufen, Geschlecht und Nationalität in eigentlich allen relevanten Handlungsbereichen bereits vorgenommen worden. Auf Anfrage von Frau Schu berichtet Herr Buhleier, Senioren und Seniorinnen mit ausländischer Nationalität seien in den Seniorenbegegnungsstätten klar unterproportional vertreten. Es sei gut vorstellbar, muttersprachliche Angebote zu machen. Fraglich sei, ob eine ausreichende Gruppengröße erreicht werden könne.

Vor dem Hintergrund, bedarfsorientiert handeln zu können, beschließt der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann einstimmig folgende **Empfehlung** für den Sozialausschuss am 05.09.2007:

**Die Daten des Berichts sollen durchgängig nach Geschlecht und Nationalität differenziert werden.**

Die Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Buhleier.

<-@

@->

<-@

## 9 Plakatierung im Stadtgebiet

@->

Die Vorsitzende weist einleitend darauf hin, dass die Beratung in diesem Ausschuss auf die Vermeidung von unerwünschten Plakatinhalten begrenzt werden sollte. Die Vorlage weist bereits aus, dass bei den von der Stadtverwaltung beeinflussbaren Werbeflächen an Laternenmasten die Ablehnung von Plakaten vorgesehen sei, wenn deren Inhalt gegen das Alkohol- und Tabakwerbeverbot verstoße oder diskriminierende und/oder die Menschenwürde verletzende Werbung beinhalte. Frau Fahner führt weiter aus, dass es neben den vorgenannten quasi von der Stadt selbst zu bestückenden Werbetafeln weitere Werbeflächen gebe, auf die die Stadt keinen direkten Einfluss und deshalb nur die Möglichkeit habe, vertragliche Regelungen mit den Werbeträgern zu treffen, auf jugendgefährdende oder diskriminierende Werbung zu verzichten. Die Vorsitzende und Frau Kreft halten eine zusätzliche vertragliche Bestimmung für erforderlich, die die Entfernung von Plakaten mit im obigen Sinne unerwünschten Inhalten regelt. Frau Lehnert ist der Auffassung, dass die vorgenannten Anregungen zu Inhalt und Entfernung der Plakate in der Satzung verankert werden solle. Herr Höring möchte dieselben Anregungen für die Werbeflächen beschließen, auf die die Stadt einen Einfluss hat.

Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann beschließt bei einer Gegenstimme aus der CDU-Fraktion folgende **Empfehlung** für den AUIV am 06.09.2007:

1. **Bezüglich der durch die Stadt Bergisch Gladbach vorzunehmenden Laternenmast-Werbung werden die in der Mitteilungsvorlage aufgeführten Erfordernisse „kein Verstoß gegen das vom Rat beschlossene Alkohol- und Tabakwerbeverbot“ und „keine diskriminierende und/oder die Menschenwürde verletzende Werbung“ von den Ausschussmitgliedern bestätigt.**
2. **Entsprechend soll auch in den mit Werbeträgern abzuschließenden Verträgen die Ablehnung von Plakaten geregelt werden, deren Inhalt gegen das vom Rat beschlossene Alkohol- oder Tabakwerbeverbot verstößt oder diskriminierende und/oder die Menschenwürde verletzende Werbung enthält.**

<-@

## 10 Hexenprojekt: Im Fokus: Hokuspokus - Aktionen und Reflexionen zum Thema "Hexen"

@->

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Frau Fahner informiert darüber hinaus, dass es entscheidendes Ziel dieses von Kulturbüro und Frauenbüro

koordinierten Projektes sei, möglichst viele Kulturschaffende als Netzwerk in Bergisch Gladbach zusammenzuführen und gemeinsam an einem Projekt zu arbeiten.

<-@

@-> <-@

## 11 Frauenpolitische Informationen

@->

Die Vorsitzende bedankt sich beim Frauenbüro für die Zusammenstellung der Presseartikel und Veröffentlichungen.

<-@

## 12 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Es gibt keine Anfragen.

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

<-@